

Pressemitteilung Nr. 39 vom 18. Dezember 2018

---

## **GEW Bayern zur Lehrkräftearbeitslosigkeit in den Sommerferien: „Jährlich grüßt das Murmeltier? - Sparmaßnahmen auf Kosten der Arbeitslosenversicherung stoppen!“**

**Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Bayern kritisiert auch in diesem Jahr scharf, dass der Freistaat Lehrkräfte vor den Ferien entlässt und nach den Ferien wiedereinstellt. Wie weit diese skandalöse Praxis verbreitet ist, belegt die aktuelle Auswertung der Bundesagentur für Arbeit (BA). Sie verdeutlicht, dass sich zum Vorjahr rein gar nichts geändert hat.**

Nach den nun vorliegenden Zahlen sind die Arbeitslosmeldungen von Lehrkräften 2018 in den Sommerferien weiter auf bundesweit hohem Niveau. „Das Hire-and-Fire-Prinzip wird weder den Schülerinnen und Schülern noch den Lehrkräften gerecht. Auch Bayern als Arbeitgeber saniert sich damit erneut auf Kosten der Beitragszahler\*innen zur Arbeitslosenversicherung“, stellte der Vorsitzende der GEW Bayern, Anton Salzbrunn erneut fest.

Das Phänomen der saisonalen Lehrerarbeitslosigkeit gibt es seit mehreren Jahren. Im Jahr 2017 stieg diese erstmals wieder an. Damals hatten sich bundesweit rund 4.900 Lehrkräfte in den Sommerferien arbeitslos gemeldet. Dieses Jahr waren es bundesweit 6.000 Lehrkräfte, davon allein in Bayern erneut 800 Kolleg\*innen. Das ist bundesweit der dritthöchste Wert. Damit fallen in Bayern auch in diesem Jahr etwa die Hälfte der Arbeitslosmeldungen von Lehrkräften auf einen Tag in den Sommerferien. Dies betrifft vor allem junge Lehrkräfte und überproportional Frauen.

„Zu den gemeldeten Arbeitslosen ist noch eine unbekannte Zahl entlassener Lehrkräfte hinzuzurechnen. Diese melden sich gar nicht erst arbeitslos, da sie wegen fehlender Leistungsvoraussetzungen kein Arbeitslosengeld zu erwarten haben oder auf einen Anschlussvertrag nach den Ferien hoffen.“, erklärte Salzbrunn. Die Studie benennt dabei als Hauptursache die befristet geschlossenen Arbeitsverträge. Der Landesvorsitzende der Lehrer\*innengewerkschaft GEW dazu weiter: „Wer ankündigt, befristete Beschäftigungsverhältnisse auf ein Mindestmaß einzudämmen, muss diese Statistiken ernst nehmen und endlich entsprechende Maßnahmen angehen.“

Neben der Tatsache, dass dieses Sparmodell andauernde Jobunsicherheit und unbezahlte Arbeit fördert, handelt es sich um einen Umgang, der nicht nur für die betroffenen Lehrkräfte, sondern auch für den Freistaat Bayern unwürdig ist. Salzbrunn dazu abschließend: „So geht man nicht mit seinen Lehrkräften um. Wir sind es leid, jedes Jahr zu fordern, dieses Unding zu beenden. Den Worten müssen endlich Taten folgen!“

Die Studie finden Sie hier:

<https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Berufe/generische-Publikationen/Lehrer.pdf>

Rückfragen gerne an:

Anton Salzbrunn, Tel. 0176 / 65 54 40 36 oder an

Bernhard Baudler, Tel. 089 / 54 40 81 – 21 (-0)

V.i.S.d.P: Anton Salzbrunn, Vorsitzender GEW Bayern, [anton.salzbrunn@gew.bayern](mailto:anton.salzbrunn@gew.bayern), Tel. 089 / 54 40 81 - 17